

Die Zeitungs-Verwaltung... Die Zeitungs-Verwaltung... Die Zeitungs-Verwaltung...

Einzelhefte... Einzelhefte... Einzelhefte...

STREIF

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Alarmbereitschaft!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei veröffentlicht im "Vorwärts" folgenden Aufruf: Die Reaktion gibt ihr Spiel noch immer nicht verloren.

Die Mitteilungen des "Vorwärts" bestätigen, was wir in den letzten Tagen mehrfach dargelegt haben. Helfen kann nur die allergrößte Entschlossenheit.

Das Erstarken der Gegenrevolution.

Die monarchistischen Putschisten sind eifrig am Werke, den Plan zu einer neuen Gegenrevolution zu vollenden. Sie wissen, daß es für sie um Kopf und Kragen geht.

Wer regiert in Deutschland?

Die Erfurter "Tribüne" teilt mit: Am Sonnabend traf das folgende Telegramm bei uns ein: "Tribüne", Erfurt, Magdeburg, 10. 4., 2.55 Uhr.

garnichts zu verfügen. Was ich für gut und richtig halte, das mache ich ganz allein.

Die Beilegung der englisch-französischen Unstimmigkeiten.

Paris, 14. April. Mitterand hatte nach der Annäherung eine Unterredung mit einem Vertreter des Reuterschen Bureau, in der er erklärte, daß der Streit zwischen beiden Regierungen endgültig beigelegt sei.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Beschleunigte Durchführung des Friedensvertrages.

Paris, 14. April. Der Kriegsminister teilte mit, daß Montag nachmittag der englische Staatssekretär für den Krieg, Churchill, mit dem französischen Kriegsminister André Bessière in Amiens ein Gespräch hatte.

Der Kommunismus hat bei seinen Feinden in der Nacht zum Donnerstag einen plötzlichen Umschwung erfahren.

Der genaue Zeitpunkt des Putsches ist noch nicht festgelegt worden. Die Putschisten rechnen auf eine starke Unterstützung des Bürgertums.



nach einem der der Admiralität und beim Reichswehraministerium vorgeprochen und sich in den höchsten Formen verabschiedet. An seine Verhaftung wurde nicht im entferntesten gedacht.

Auch die Eiserne Division, der Schreden des Balkans und die Schande der deutschen Moskopolitik, rüht zum Vormarsch. Ihre Entwicklungsstelle befindet sich gleichfalls im Münsterlager. Von dort aus wurde in den letzten Tagen folgender Aufruf verfaßt:

Poßizei-Bataillon  
Eiserne Division  
Ausschließungsstelle.  
Münsterlager, den 30. März 1920.

Zwecks Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Eis. Div. ist der „Verein ehemaliger Angehöriger der Eis. Div.“ gegründet worden, dessen 1. Vorsitzender der Major Bischoff ist.

Seitens der Geschäftsstelle des Vereins soll eine Zeitung herausgegeben werden.

Falls Sie dem Verein beitreten wollen, werden Sie gebeten, umgehend Ihre Beitrittserklärung nebst dem Jahresbeitrag von 10 Mark an mich einzusenden.

J. B.:

Adresse: wie oben.

Remmers,

Leutnant und Leiter der Ausschließungsstelle.

Das sieht nicht nach Auflösung, sondern nach Aufrüstung aus. Und dieses Treiben wird nicht beendet werden, es wird sich steigern bis zur neuen Katastrophe, wenn die Regierung nicht schleunigst durchgreift, die Macht der Generalität endgültig zerbricht, die unzuverlässigen Formationen ohne jede Rücksicht auflöst, alle Hochverräter hinter Schloß und Riegel setzt und eine Truppe aufbaut, die aus zuverlässigen Republikanern besteht und von zuverlässigen Republikanern geführt wird. Noch ist es Zeit!

## Der Ausnahmezustand.

### Übertragung der Gewalt auf die Zivilkommissare.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des Reichspräsidenten, durch den sämtliche auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung (Verhängung des Ausnahmezustandes) erlassenen Vorschriften mit Ausnahme derjenigen, die in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnberg und Münster zur Zeit in Kraft sind, aufgehoben werden. An die Stelle dieser Vorschriften treten für das Reichsgebiet mit Ausnahme der genannten Regierungsbezirke sowie mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und den thüringischen Ländern, des besetzten Gebietes und der von andern Ländern eingeschlossenen preussischen Gebiete bis auf weiteres neue Vorschriften, die im wesentlichen das Folgende verfügen:

Die vom Reichsminister des Innern zu ernennenden Regierungskommissare werden ermächtigt, Anordnungen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in dem Bezirk, für den sie bestellt sind, zu treffen. Zuwiderhandlungen oder Aufforderungen zu Zuwiderhandlungen gegen solche Anordnungen werden mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft. Die Artikel der Verfassung, die die persönliche Freiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Wahrung des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnisses, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums betreffen, bleiben vorübergehend außer Kraft gesetzt. Die Zivilbehörden sind verpflichtet, den Erfordernissen der Regierungskommissare Folge zu leisten, ebenso die polizeilichen Organe sowie die militärischen Stellen. Gegen das

Verbot von Zeitungen oder Zeitschriften in die Besatzungszone an einen Ausschuss zulässig, dessen Mitglieder der Reichsrat aus seiner Mitte wählt. Dieser Ausschuss entscheidet in der Besetzung von 7 Mitgliedern über das Verbot. Den Vorsitz im Ausschuss führt ohne Stimmrecht der Reichsminister des Innern oder ein von ihm bestimmter Stellvertreter.

Das ist keine Aufhebung des Ausnahmezustandes, sondern nur die Übertragung der vollziehenden Gewalt von den Militärbehörden auf die Regierungskommissare. Die Maßnahme ist aus doppelten Gründen unzulänglich, denn erstens besteht kein Grund, die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnberg und Münster davon auszuschließen. Gerade dort wäre die Maßnahme nötig, denn im Industriegebiet kann allein die Eindämmung der Militärgewalt beruhigend und heilsam wirken; denn in diesen Bezirken macht sich die Allgewalt der Militärs am unheimlichsten fühlbar.

Zweitens sehen wir nicht ein, warum dieser „gemäßigte“ Ausnahmezustand noch im größten Teile Preußens bestehen bleiben soll. Nirgends ist auch nur der geringste Vorwand dafür beizubringen. Was soll der Ausnahmezustand z. B. in Berlin noch für einen Zweck haben? Wenn diese neue Maßnahme den Abbau des Ausnahmezustandes bedeuten soll, dann muß er schleunigst festgesetzt werden durch seine völlige Beseitigung. Morgen schon!

Auch in Bayern ist die vollziehende Gewalt den zuständigen Regierungspräsidenten übertragen worden.

## Die militärische Lügenlüche.

Das Generalkommando in Münster setzt keine Kundendort-Laktik munter fort. Es verbreitet über das bergische Land Nachrichten, von denen es genau weiß, daß es bewußte Unwahrheiten und gröblichste Fälschungen sind. So wurde gestern von Münster aus folgender Bericht verschickt:

Ueber die Lage im Wuppertal wird von militärischer Seite berichtet: Tausende ehemaliger Rotgardisten haben sich ins Wuppertal und seine Umgebung gesammelt und warten dort auf den für ihre Zwecke günstigen Zeitpunkt. Es herrscht infolgedessen überall große Unsicherheit. Einbrüche, Brandstiftungen, Raub, Plünderungen sind an der Tagesordnung. Besonders furchtbar benehmen sich einige Banden am Rande der Wuppertäler. Sie überfallen Wäschereien, einzeln stehende Häuser, Bauerngehöfte, um Wäsche, Kleider, Lebensmittel und Geld zu erpressen. Das Raubgesindel ist teilweise vornehm gekleidet und oft nicht einmal der deutschen Sprache mächtig. Auch in den Städten kommt es bisweilen zu Schieberereien mit den Rotgardisten. Die gesamte Bürgerschaft und die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter hat das ganze Treiben satt. Eine Waffenabgabe hat im Wuppertal kaum stattgefunden, die abgelieferten Waffen sind unbrauchbar. Zur Zeit werden zahlreiche von den roten Truppen requirierte Personen- und Lastautos nach Holland verschoben.

Diese Nachricht ist von Anfang bis Ende erlogen. Aber die Herren aus Münster wollen einen Grund haben, um den weißen Schreden auch ins Wuppertal verpflanzen zu können. Watter, der verkappte Rabbist, war gestern zu diesem Zwecke persönlich in Berlin und versuchte das Reichswehraministerium zu bearbeiten. Er will vor allem Standgerichte, weil den Militärs das Arbeiten ohne Mordorgelie kein Vergnügen macht. Es ist ein unerhörter Skandal, daß den Herren in Münster nicht endlich das Sandverbal gelegt wird. Ihre unsauberen Fabri-

kate verderben die kostbare Atmosphäre in ganz Deutschland.

## Beginn des Wahlkampfes in Sachsen.

Unsere sächsischen Parteigenossen sind bereits in den Wahlkampf eingetreten. Der Landesvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens veröffentlicht einen Aufruf, der zunächst feststellt, daß von all den Versprechungen, die der werktätigen Bevölkerung im verflossenen Jahre gemacht worden sind, nur wenig in Erfüllung gegangen ist. Mit den Koalitionsregierungen, der alten wie der jetzigen, müsse abgerechnet werden. Zur Nationalversammlungswahl im Januar 1919 sei dem deutschen Volke Freiheit, Friede und Brot versprochen worden, ein Deutschland, in dem es frei und glücklich leben könne. Von all dem sei das Gegenteil eingetreten. Der Aufruf sagt:

Königreichsgerechtigt steht heute die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands mit ihrer Politik da. Die Entwicklung, die die deutsche Republik genommen hat, die Ereignisse der letzten Wochen sind eine drastische Bestätigung für die oppositionelle Haltung unserer Partei. In all den wechselvollen Tagen ist sie nicht abgewichen von der geraden Linie des sozialistischen Kampfes. Sie hat aber auch nach den jeweiligen Verhältnissen ihre Forderungen gestellt, um den noch nicht in ihren Reihen stehenden Arbeiterscharen Gelegenheit zu geben, mit auf diese Plattform zu treten und so den sozialrevolutionären Kampf zu stärken und voranzutreiben.

Nach Aufzählung der Mindestforderungen der Unabhängigen Partei schließt der Aufruf:

Auf dieser Plattform müssen sich alle gegen Lohnarbeitenden Hand- und Kopfarbeiter, alle vom Kapital abhängigen, alle soziallich Gesinneten zusammenschließen gegen die Vertreter der alten Gewalt und Ausbeutung.

Die alte des Kapitalismus und der alten Ausbeutungsgesellschaft ist abgelaufen, eine neue Gesellschaft ist im Werden. Dazu beitragen, daß diese bald entsteht, ist auch die nächste Wahlberufen. Es gilt also zu wählen zwischen dem Aufstieg der Menschheit zu höheren und besseren Gesellschaftsständen und zwischen dem Verfallen in die alte kapitalistische Ausbeutungsgesellschaft und Barbarei. Der Zeiger der Entwicklung zeigt vorwärts.

Entwaffnung der kaiserlichen Einwohnerwehren. Das kaiserliche Ministerium des Innern hat auf Grund des Vorgehens der Entente die Einwohnerwehren aufgelöst, die in ihrem Besitz befindlichen Waffen den öffentlichen Polizeibehörden zu übergeben. Ueber die Zukunft der Einwohnerwehren schweben noch Verhandlungen. Das Vorgehen des Ministeriums des Innern, so leicht es in der öffentlichen Verlesung wird von der Sozialdemokratie gebührend, die die Verantwortung für die Gefahr von Repressalien nicht übernehmen kann.

Verleumdung Lohn. Die rechtssozialistische Reichskonferenz hat Anhalt I beschloß, von einer Wiederaufstellung des Gemischten Wolfgang Heine Abstand zu nehmen und an seiner Stelle den Kandidaten der Sozialdemokratie Erich Kuttner als Reichstagskandidaten für Anhalt aufzustellen.

Der Steuerabzug von 10 v. H. vom Arbeitslohn. Auf Grund des Gesetzes zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes vom 31. März 1920 (R.G.B. I. S. 428) wird der Lohn des Inhaftentums der §§ 45-52 des Einkommensteuergesetzes (beim Abzug von 10 v. H. bei der Lohnzahlung durch den Arbeitgeber) vom Reichsminister der Finanzen demnächst befristet. Erst mit dem Inkrafttreten der genannten Bestimmungen beginnt der Lohnabzug, auf bereits erfolgte Lohn- und Gehaltszahlungen erstreckt sich der Abzug nicht.

## Nein, Kotoschka!

Am 15. März lag eine Gewehrinsel in ein Außenbild der Galerie, als es bei Liebenerhebung des Fußes auf dem Dreiecker Theaterplatz zu Schieberereien kam. Ein Professor der Akademie der bildenden Künste zu Dresden erlährt daraufhin ein Manifest „An die Einwohnerstadt Dresden“ mit der Aufforderung, in Zukunft ihr politisches Handeln in genügendem Abstand von der Galerie und den sonstigen Kulturstätten auszusuchen. Nachdem Bilder keine Möglichkeit haben, sich von dort zu retten, wo sie nicht mehr unter dem Schutze der Menschheit stehen, und auch, weil die Entente einen Raubzug in unsere Galerie damit begründen konnte, daß wir keinen Sinn für Bilder hätten, so fiel auf die Künstlerwelt von Dresden, die mit mir bangt und ängstet, und sich dessen bewußt ist, solche Meisterwerke nicht selber schaffen zu können, wenn die uns anvertrauten gequält würden, die Verantwortung, einer Vererbung des armen zukünftigen Volkes an seinen heiligsten Gütern nicht mit allen Mitteln rechtig Einhalt geboten zu haben. Sicher wird später das deutsche Volk im Ansehen der gereinigten Bilder mehr Glück und Sinn finden, als in sämtlichen Ansichten der politischen Deutschen von heute.

Die heiligsten Güter, Herr Professor, sind nicht die Gemälde des Rubens, auch nicht alle anderen Meisterwerke der Dresdener Galerie und aller anderen Galerien der Welt zusammen genommen. Die Regel, die ein Außenbild verleiht, ist harmloser und verständiger, als die ein Kind oder überhaupt einen Menschen trifft. Die heiligsten Güter, um dieses patriotische Wort Wilhelm's beizubehalten, sind Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der Menschen. Und wenn für Gewinnung dieses Zieles familiäre Nutzen hingegeben werden müssen, so sei der Preis gezahlt. Wenn Sie zur Wiederholung jeder Waffe aufgefordert hätten! Aber Sie bitten nur, die Waffe auf den Schießplatz in der Weide zu verlegen. Das entspricht allerdings akademischer Altklasse. In den Museen wird kopiert — geschossen auf den Schießplätzen. So gehört es sich. Wer dagegen verdirbt, zählt Ordnungstrafe. Erkennen Sie nicht, daß die politischen Kämpfe, die Ihnen so peinlich und geistlos sind, auch darum geführt werden, daß der, wie Sie selbst sagen, heut' unfruchtbarer Künstler wieder schaffen kann — der heute ein Artist ist? Die Frucht der Kämpfe werden auch Sie gern genießen, aber die ihr Leben hingeben für ihre Erhebung, sind Ihnen todt, ungebildet und unseiner Gefellen.

Ihr Manifest, Herr Professor Oskar Kotoschka, ist ein besonders trauriges Kapitel in der Geschichte der „unsterblichen Akademie“!

Wolff Mehe.

## Stella.

Goethes Jugendwerk „Stella“, das in dieser Spielzeit schon in den nachmittäglichen Vorstellungen des Staatsschauspielhauses, mit seinem Ueberdruck die Herzen bereicherte, stürzte seine ganze Gefühlsfülle erst gestern in den Kammertheater des Deutschen Theaters aus. Damals war nur Nothilfe Sufin geherbergt, aber Reinhardt hat jetzt die Thematik und die Struktur. Sie sind die beiden Frauen, die zärtliche Leidenschaftlich bewogte Geliebte und die treu besorgte bildende Gattin, die er beide liebt, die er beide verliert. Aber sie finden sich in jenem dreifachen Umarmen der Herzen, den die Welt schmäh und verwirft. Auch Goethe fügte sich leider den Bedenken: Was der Jüngling in revolutionärer Wallung des Gefühls der Menge zum Trotz geduldet hat, das änderte er dreißig Jahre später als Geheimrat Hoftheatermäßig um. Statt mit der Ehe zu enden er den Konflikt der Herzen mit dem gewaltsamen Tode der Liebenden. Eine Sünde gegen die innere poetische Wahrheit dieses Schauspielers für Liebende, dessen Lösung „alles aus Liebe ist“. Unter Max Reinhardts glücklicher Regie wurde gestern mit Recht der ursprüngliche ehmliche Schluß dieses Dramas gespielt. Man lasse es nur bei dem Tod der leicht erkennbaren Schwächen und Unbeholfenheiten, die „Stella“ den schmerzlichen Ladel aller Literaturkritiker und Stenographen zuzogen, ist eines der liebendsten Werke Goethes aus seiner Weisheit in dessen ewigem Gefühlsstrom alle verdrängten Bedenken schmelzen. Es spricht in aller Weisheit die tiefste und zärtlichste Sprache des Herzens des Mannes, der Frauen und der allumfassenden Menschheit, zu der es strebt. Unter Max Reinhardts Leitung, in jeder Hinsicht, war Helene Thimig der Engel der Liebe, Agnes Strauß die mütterlich kluge Frau und wenn nicht Rosalind Eslon bei allen Gefühls zu sehr am schauspielerisch konventionellen haften, könnte man die Aufführung im Goethe'schen Sinne beinahe vollkommen nennen. Es war schön wie im „Götter“, aber eine schnellere Szenenfolge würde die Stimmung noch feiner halten.

E. B.

## Musik.

Am Sonntag vormittag luden Mannskripl-Aufführungen aus dem Schaffen Misella Seiden-Goths in die Berliner Kammertheater. Leider besitzt dieser andachtsstimmende Raum nicht die instrumentale Musik, um sich zur Seite für intime Streicheranstellungen zu eignen. Der Klang verliert alle Lebendige Unmittelbarkeit. Viel Klangerfülltes gab es allerdings in dem Klavierquintett, das die Komposition mit geschickter Hand am Flügel führte, nicht einzuüben. Melodisch-Vorheit von Friedr. C. Kocher's Sprödigkeit, Altkonstruktionen nach alten Mustern, verbrauchte Effekte hinterlassen den Eindruck von hochschulischer Kompositionsroutine. Das neugegründete Streicherquartett des „Deutschen Theaters“ verspricht mit der augenblicklichen Besetzung nicht den Grad von künstlerischer Leistungsfähigkeit zu erreichen, die sich den verdienstlichen Darbietungen dieser Kunststätte annähernd annähert. — Was anderes haben die Sieder Misella Seiden-

Goths, die Nora Billing-Boas mit edler Kultur eines einwundernden Gesanges ausleben ließ. Ein empfängliches Gemüt hat hier ganzliche lyrische Regungen in tiefgreifendste, eigene Klänge gefaßt.

Ueber die berufensten Stimmittel gebietet auch Jeanne Koesler, die ihr elfenbeinernes Organ mit entzückender Reinheit bis in die höchsten Töne meistert. Robert Rahn blieb als Begleiter in der Geduldlosigkeit stehen; er gab sich nicht dem hohen Schwingen der Sängerin hin.

Ueber alle Gebühr wird Andreas Weißgerber dem Himmel. Er ist ein geschickter Fingerringler und ein noch geschickter Mimiker. Als Ergebnis seiner vier großen Konzerte spreche ich ihm jeden tiefsten Kern der Empfindung und die Fähigkeit einer klangvollen Konsonanzdeutung ab. Clique und Clique!

Auf einen zu hohen Wipfel wurde auch die ganz junge Geigerin Orna Rudinstein erhoben, die genöth alle Reime einer Auserlesenen in sich birgt, aber noch keineswegs eine persönliche Einstellung in die innerliche Reise für das Beethovensche Violinkonzert besitzt und deshalb nicht an die Spitze der ereignisvollen Meyrowitz-Bereinstellungen gehört. Meyrowitz — ganz unübertroffen als Orchesterbegleiter — ist nur ein Halb-Beethovenitiger. Dem Beethoven, der dem Schicksal in den Knochen greift, ist er in manchen Momenten mit voller Größe gewachsen, aber belende Beethovenkantile wird unter seinem Taktstock ein langweiliges Gezerre, und seine rüchardierten Ritardandos sind unentzücklich. Er sollte die „Reincke“ eingewöhnten Händen überlassen. Soloquartett und Rittischer Chor jubilierten mit überwältigender Stimmlichkeit. Fritz Frid. Winkler.

Im Großen Schauspielhaus W. die nächste Premiere „Julius Caesar“.

Das Neue Volkstheater (Radenstraße 68) bringt an den Sonntagen literarische Matineen zu Eintrittspreisen von 2 M. Die erste Vorstellung findet Sonntag, den 18. d. M. um 11½ Uhr statt. Alfred Weidert führt Strindbergs „Triedensnovelle“ und „Für Europa“ von P. J. Joude.

Staatstheater. Dr. Franz Ludwig Orth hat sein Amt als leitender Oberregisseur der Staatsober angetreten. Für das Bahndach wurde von der nächsten Spielzeit ab Kammerjäger Otto Belgers von dem Entloarier Landesheuer verpflichtet. Mit Maria Jvagan vom Münchener Nationaltheater wurde ein Gastspielvertrag abgeschlossen. Am Freitag, den 16. d. M. angelegte Generalprobe zur „Frau ohne Schatten“ findet unter Aufsicht der Oberregisseurin Frau. Die Schlußführung am Sonntag beginnt bereits um 4 Uhr. — In der Aufführung von Schillers „Räuber“ am Freitag im Staatstheater spielt Herr Carl de Vogt den Raub und Herr Fritz Rotz den Franz Moor. Beginn 6½ Uhr.

Vortragstournee am Freitag, den 16. d. M. beginnt im Berder-Siemens-Realschulhaus, Hohenstaufen Str. 47, abends 7 Uhr, der Vortragsreisende von Dr. Ray Dezi über das Weltbild im menschlichen Denken.

Gegen die Zugzwänge an Kunstwerke beruft der wirtschaftliche Verband bildender Künstler eine Verammlung auf den 19. März, abends 7½ Uhr, nach dem Plenarhof des Oberlandes-



# Reaktion und weißer Terror.

## Wie Koste zu betrügen versuchte.

Von Rühows Kistenmappe.

Unter den Akten, die das in Romscheid geschlossene Freikorps von Rühow bei seiner Flucht zurückließ, befand sich auch das folgende höchst wertvolle Schriftstück:

Adressiert:

Reichswehrministerium — Generalleitung — vom 22. Jan. 1920. Nr. 111/19. g T 2 III. Neutrale Zone.

Auf die mit Gruppenkommando I b Nr. 1487/204 vom 22. Dezember 1919 vorgelegten Berichte wird nachstehende Zustimmung erteilt. Das Reichswehrministerium ersucht, den Kommandeur des Abschnitts IV und V in Erledigung der Anträge des Abschnitts IV Abt. 1 a Nr. 223/12 vom 27. November 1919 und des Abschnitts V Abt. 1 b Nr. 14 gch. vom 13. Dez. 1919 entsprechend zu unterrichten.

Der Feindbund hat die Belastung der militärischen Abschnittskommandos und der Besatzungstruppen in der neutralen Zone bis 3 Monate nach Vollzug des Versailler Vertrags, also bis 10. April 1920, zurückzuführen.

Das Reichswehrministerium wird versuchen, durch Verhandlungen zu erreichen, daß die militärischen Abschnittskommandos und die Besatzungstruppen auch nach dem 10. April 1920 in der neutralen Zone unterhalten werden dürfen, ohne auf den Bestand des 100 000-Mann-Quotens Anrechnung zu finden.

Wird das nicht erreicht, dann beschließt das Reichswehrministerium, die Angehörigen der Stäbe und Truppen der neutralen Zone, die hierzu bereit sind, in der Sicherheitspolizei unterzubringen.

Diese Sicherheitspolizei müßte die Besatzungstruppen ersetzen. Am gegebenenfalls den Erfolg schnell durchzuführen zu können, hat das preussische Ministerium des Innern Vorschläge für die Aufstellung einer Sicherheitspolizei in der neutralen Zone gemacht. Das preussische Ministerium des Innern ist um Stellungnahme gebeten worden, ob sich die Uebernahme der Stäbe der Abschnittskommandos in die Sicherheitspolizei ermöglichen ließe. Eine Antwort liegt noch nicht vor.

Die Eingliederung geschlossener Teile der bisherigen Besatzungstruppen in die Sicherheitspolizei kommt nach Aeußerungen von Vertretern der Sicherheitspolizei nicht in Betracht.

Die Beteiligung der Abschnittskommandeure an Vorkämpfen für die Bildung der Sicherheitspolizei in der 50-Kilometer-Zone, sofern sie von den Polizeibehörden gewünscht wird, ist nach Möglichkeit auf mündliche Auskünfte gegenüber den Vertretern der Sicherheitspolizei zu beschränken, um nicht dem Mißtrauen des Feindbundes, der schon jetzt in der Sicherheitspolizei eine verstärkte militärische Einrichtung zu erkennen glaubt, neue Nahrung zu geben.

Gegen eine Feststellung, wieviel Angehörige der unterstellten Truppen in den Abschnitten gegebenenfalls zum Eintritt in die Sicherheitspolizei bereit wären, bestehen keine Bedenken.

Im Auftrage: gez. Sch nie wind.

Hieraus ergibt sich, daß die von Koste im Reichswehrministerium entfaltete Tätigkeit nichts weiter als ein unerbittliches Betrugsmanöver war. Er hat über die Stärke der neuen Wehrmacht ständig mit falschen Zahlen operiert, hat eine weit höhere Truppenmacht unterhalten, als etatsmäßig vorgelesen war, nur um den Generalen ihr schönes Spielzeug zu belassen. Abgesehen von der politischen Gefahr, die er damit über das Volk heraufbeschwor, hat er die Finanzen des Staates über Gebühr in Anspruch genommen, durch sein unverantwortliches Treiben den finanziellen Ruin Deutschlands wesentlich gesteigert. Noch außen hin häufte sein gewissenloses Gebahren aber ständig neuen Konfliktstoff auf. Er dachte nicht an eine loyale Erfüllung des Friedensvertrages, der gerade in punkto Militärwesen nicht zum Schaden, sondern zum Segen des deutschen Volkes restlos erfüllt werden kann. Diese fortgesetzten Betrugsereien, die natürlich der Entente auf die Dauer nicht verborgen bleiben konnten, haben bei ihr das Mißtrauen derart geklärt, daß die Franzosen schließlich als Gegenmaßnahmen den Maingau besetzten. Niemand anders als die Koste'sche Betrugs-politik trägt dafür die Verantwortung.

## Mordbuben und Hochverräter in Schlesien.

Die verschwindenden Akten.

Die rechtssozialistische Breslauer Volkswacht teilt mit:

„Es steht nunmehr durch Zeugnisaussagen fest, daß die beiden Breslauer Kommandeure aus dem Vorkampfen durch schwerverurteilte Mordverbrechen erwischt worden sind. Ueber die schrecklichen Einzelheiten können wir vorläufig noch nichts berichten, um die weitere Untersuchung nicht zu gefährden.“

Nach einer anderen Meldung aus Breslau sind zwei Offiziere des 4. Armeekorps an Bauernmorden verdächtig. Die gegen Quittung beim Generalkommando abgegebenen Akten sind plötzlich verschwunden.

So sehen die Trabanten der Regierung der Freibeit, der Ordnung und der Tat' aus. Daß die Akten verschwinden können, geht, daß sie in allen Kommandostellen der Reichswehr geheime Vorkämpfer haben. Hier muß aufgearbeitet werden. Die Strafverfolgung der unmittelbar am Mord beteiligten Vorkämpfer ist zwar eingeleitet, aber die Reichswehr selbst wird davon nicht berührt. Sie ist nach wie vor der sicherste Hort der weißen Terroristenbande.

Ueber die Verfolgung der Beamten wird gemeldet, daß wegen Beteiligung am Kopp-Rußch oder Begünstigung auf Antrag des Reichs- und Staatskommissars Dr. Köblich folgende deutsche-nationale Herren beantragt worden sind: Bürgermeist. Priebe in Gundersfeld, Polizeikommissar Sanitätsrat Dr. Ernst in Struppen, Gemeindevorsteher Riebiß in Cosel bei Breslau, die beiden Bürgermeister Prunk und Rüdiger in Strigun, Landrat Graf Limburg-Stirum in Neumark, Regierungsrat v. Schildfuß in Breslau, Kreisrat Hauptmann v. Woi-kowßki-Biedau in Tscheln, Registrarssekretär Pechner in Breslau.

Rechtzeitig mit der Verurteilung ist die Strafverfolgung der genannten Herren beantragt worden.

Vom Justizminister ist die Breslauer Staatsanwaltschaft angewiesen, das Strafverfahren gegen die Kappverbrecher zu beschleunigen.

Vom Oberpräsidenten wird für den Bereich der Provinz Schlesien eine Kommission eingesetzt zur Prüfung des

Das Material ist zu sichten und außerdem sind die erforderlichen Vorschläge zu machen zur Verfolgung der belasteten Persönlichkeiten. Die Kommission setzt sich zusammen aus einem vom Oberpräsidenten ernannten Vorsitzenden, einem weiteren Beamten, den der Oberpräsident beauftragt aus den Kreisen der mittleren Beamten zu ernennen, und je einem Vertreter der drei Koalitionsparteien, Rechtssozialisten, Zentrum und Demokraten. Die Kommission wird sich schon in den nächsten Tagen konstituieren und die Arbeit aufnehmen. Die Tätigkeit des Reichs- und Staatskommissars wird dadurch nicht berührt, vielmehr wird das vom Volksgenrat gesammelte Material ebenfalls von der Kommission zur Verwertung herangezogen werden.

Ein abgekürztes Verfahren ist dringend notwendig. Wir fordern zwar kein Standrecht, aber man darf sich auch nicht zu sehr bei der Sammlung von Material aufhalten, denn dann kann es passieren, daß die Untersuchung durch einen neuen Vorstoß der Angeklagten unterbrochen wird.

## Der Einmarsch der Reichswehr im Ruhrgebiet.

Eine Nichtigstellung des Genossen Ernst.

Der Genosse Josef Ernst-Lagen sendet uns folgende Erklärung:

Der „Vorwärts“ versucht abermals am 9. d. Mts. den Ruhrweid zu erbeugen, daß ich mit dem Einmarsch der Reichswehr einverstanden sei oder zum wenigsten verlangsamt habe. Er benutzt zu dieser Beweiskraft ein Telegramm vom 27. März, in welchem ich Minister Sebering, bezüglich des von der Regierung geplanten Einmarsches der Reichswehr, Vorschläge über Verwendung einwandfreier Reichswehr machte. Der „Vorwärts“ beruht mitgeteilt, daß ich am 29. März, also zwei Tage später, per Telegramm an Sebering gegen jeden Einmarsch von Reichswehr in das Industriegebiet als unnötig protestierte. Er vergißt ferner mitzuteilen, daß ich in Münster, Sebering gegenüber, als einwandfreie Reichswehr Truppenformationen beglückwünschte, welche ihre gesamten Offiziere abgesetzt und ihre Führer selbst gewählt hatten, und auch diese sollten nur unter ziviler Aufsicht von Parteigruppen verwahrt werden. Am 27. März, also am Tage der Abendung des Telegramms, das der „Vorwärts“ erwidert, gab es im Industriegebiet zwei solcher einwandfreier Truppenformationen und zwar in Bielefeld und in der Sennelager, die ihre Offiziere zum Teufel gejagt und ihre Führer aus den Mannschaften gewählt hatten. Nur diese Formationen habe ich als einwandfrei beglückwünscht. Am 31. März, bei den Verhandlungen in Münster, waren diese beiden Truppenführer von General von Böttner bereits wieder reaktionär umgemodelt worden. Deshalb habe ich in Münster jeden Einmarsch der Reichswehr abgelehnt, weil es einwandfreie Reichswehr nicht gibt. Trotzdem ist bereits am 1. April die Reichswehr einmarschiert und hat den weichen Schrecken desweilens. Mir die Verantwortung für diese infame reaktionäre Tat mit zuzuschreiben, wird den Rechtssozialisten nicht gelingen. Die vorstehende sorgfältige Darstellung wird das Mandat des „Vorwärts“ durchkreuzen.

Wird der „Vorwärts“ seinen Befehl von dieser Erklärung Kenntnis geben?

## Die militärischen Ausschreitungen.

Ein Erlaß Watters.

General Heß, d. Watter hat in einem Erlaß alle Truppenführer ermahnt, die militärischen Sicherheitsmaßnahmen mit Vorsicht, Ruhe und Benachteiligung zu befolgen. Er weist auf Mängel über gefahrträgliches Verhalten der Truppenangehörigen hin und fordert, daß die Soldaten nicht in die gleichen Ausschreitungen verfallen, wie sie von den undisciplinierten Elementen der anderen Seite begangen worden sind. Es heißt in dem Erlaß: „Der Soldat muß sich unbedingt an Recht und Gerechtigkeit halten. Die heute im Industriegebiet eingeschleppten Truppen haben den Ruf und die Zukunft der Armee in der Hand.“

Im einzelnen wird u. a. bestimmt: Handelt es sich um die Festnahme auf Grund von Anzeigen, so erfolgt die Festnahme nur auf schriftlichen Befehl des obersten Offiziers, nach Prüfung der Unterlagen und Anhörung der Gemeindebehörde. Es muß demnächst werden, daß die Festnahmen bloß auf Grund von Denunziationen erfolgen. Die Durchführung der Festnahme erfolgt durch ein besonders bestimmtes Patrouillenkommando. Es muß sichergestellt sein, daß nicht einzelne militärische Personen auf eigene Faust Festnahmen durchführen.

Der Festgenommene steht, selbst wenn es einer der schwersten Verbrechen ist, unter dem Schutze der Regierungsgewalt. Es darf ihm kein Haar gekrümmt werden. Er wird die gerechte Strafe von seinem Richter erhalten. Die Unterbringung der Truppen mindestens zugewiesene erleichtert den Truppenführern ihre Pflicht, für die Handlungen ihrer Untergebenen aufzukommen. Es ist daher auf eine derartige Unterbringung Bedacht zu nehmen. Offiziere gelassen Tag und Nacht zu ihren Truppen.

Dieser Erlaß bestätigt voll und ganz unsere Meldungen über die brutale Rochade der Reichswehr. Nie hätte sich Watter zu einem solchen Erlaß verstanden, wenn die Truppen nicht zügellose Ausschreitungen begangen hätten. Wir werden in einer unserer nächsten Nummern an der Spitze der Einzelsfälle beweisen, in welchem Maße auch diesmal wieder die Truppen gehaßt haben.

## Entwaffnung der Zeitfreiwilligen.

Der Oberpräsident Hönig hat für die Provinz Sachsen und für den Freistaat Anhalt verordnet, daß die von ihm näher bezeichneten Zeitfreiwilligenverbände unterzünftig, spätestens bis 15. April, sämtlich in ihrem Besitz befindlichen Waffen und Ausrüstungsgegenstände abzugeben haben. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft.

Es genügt aber nicht nur das zu verordnen, es muß auch ausgeführt werden. Wann aber wird diese dringend nötige Aufgabe für die übrigen Teile des Reiches durchgeführt. Wann insbesondere denkt man diese Aufgabe in Berlin in Angriff zu nehmen?

## Gewerkschaftliches.

Gewerkschafts-Kapitän.

Uns wird geschrieben:

Der sogenannte „freie Angestelltenverband“ beschäftigt sich mit einem Flugblatt mit dem Generalstreik und gibt alle diejenigen des Verfalls an den Arbeiterinteressen, die sich im Kampfe gegen die Reaktion durch die heftige Durchführung des Generalstreiks als die wahren Hüter der politischen und ökonomischen Freiheit aller Arbeitnehmer bewährt haben.

Die Führer des „freien Angestelltenverbandes“ bezeichnen sich als die konsequenten Vertreter des Arbeiterstandes und als die Kämpfer um die politische Macht der Arbeiterklasse. Während sie den in der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände zusammengeschlossenen Organisationen und den freien Arbeitergewerkschaften unterstellen, daß sie lediglich für Tarifinteressen eintreten. Die Führer des „freien Angestelltenverbandes“ behaupten, daß ihr Verband allein auf dem Boden des reinen Sozialismus stehe und daß deshalb alle klassenbewußten Angestellten ihm zuzustimmen müßten.

Zur Kennzeichnung dieser politischen Einreden sei darauf hingewiesen, daß diese Leute, die angeblich auf sozialistischem Boden stehen, vor einiger Zeit bei selbstverständlichen vergeblichen Versuch, unterkommen hatten, in Gemeinschaft mit den deutsch-nationalen Handlungsgelassen, den Angestellten Christ-Dumreicher Richtung und den Demokraten eine Angestelltenorganisation auf dem Boden des Klassenkampfes ins Leben zu rufen. Es genügt nicht, sie durch Bekämpfung dieser Leuten dem Grund der Väterlichkeit zu überantworten, es muß vielmehr darauf jedes klassenbewußten Angestellten sein, diese Wirtshausorgane zu schütten und sie für alle Zukunft unschädlich zu machen.

Die einzige Front des Kampfes und kämpfenden Proletariats kann nur gewahrt werden, indem auch die Angestellten erkennen, daß sie Schüler an Schullehrer mit den Gewerkschaften kämpfen müssen.

Der Zentralverband der Angestellten, von jeder der Vorkämpfer für die Solidarität aller Arbeitnehmer, hat in Gemeinschaft mit gleichgerichteten Organisationen in der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände diesem Gebanden zum Siege verholfen.

Achtung! Staatsangestellte! Die von der U. S. P. D. Bisher veranstalteten Versammlungen fanden das rechte Interesse der Staatsbeamten usw. Die Referenten beleuchteten treffend den Sozialismus und die Interessen der Beamten und fanden begeisterte Zustimmung der zahlreich erschienenen Versammlungsbesucher. Heute, Mittwoch, findet im Vorkampfen des Reichs, Besenackerstr., um 8 1/2 Uhr und am Donnerstag in den Vorstädten, Müllerstr. 142, um 8 1/2 Uhr Versammlungen mit derselben Tagesordnung statt, in der bekannte Abgeordnete usw. sprechen werden. Die Staatsangestellten werden hierzu besonders eingeladen.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten veranstaltet am Donnerstag, den 15. d. M., abends 7 Uhr, in der Unionbrauerei, Döberstraße 22/21, eine Versammlung, in der die Stellung des Bundes über die sehr so lebhaft erörterte Frage der Stellungnahme der Gewerkschaften im Staate, insbesondere ihre Beziehungen auf die Parteien behandelt werden soll. Kommissar Politiker und Vertreter der am Generalstreik beteiligten Gewerkschaften sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen und haben zum Teil schon zugesagt, sich in der Diskussion zu dem Problem zu äußern.

Achtung! Freie Angestellte! Mittwoch, den 14. Funktionärversammlung, Mühlentstr. 20 bei Schulz, Donnerstag und Freitag, 15. und 16. April, in den bekannten Lokalen. Funktionärversammlung für die Kollegen aus dem Zentrum usw. am Sonntag, den 17. April, um 11 Uhr im Volkshaus, Mühlentstr. 20. Jeder Kollege, welcher Sonntag nicht arbeitet, muß einen Sozialistischen Stammbaum. Die Montag-Veranstaltung wird noch bekannt gegeben. Vorstand der Freie Angestellten.

## Groß-Berlin.

Unser Jahlabend.

Deutsches Abend finden wie üblich in Groß-Berlin wieder unsere Jahlabende statt. Diese Zusammenkünfte dienen nicht nur dazu, die Mitgliederbeiträge einzufordern, sondern es soll den Mitgliedern auch Gelegenheit gegeben werden, sich zu den stehenden politischen Tagesfragen zu äußern und zu sonstigen noch bevorstehenden Ereignissen Stellung zu nehmen. Als solches kommt zunächst die bevorstehende Waise in Betracht. Von der Berliner Gewerkschaftskommission ist bereits durch einen heutigen Morgenblatt der „Freiheit“ veröffentlichten Aufruf aufgefordert worden, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Diesem Rufe werden unsere Genossen selbstverständlich Folge leisten. Von den Parteioptionen werden für den 1. Mai wohl noch besondere Veranstaltungen getroffen werden, und wir wollen hoffen, daß überall Vorbereitungen im Gange sind, bei Weltfeier in würdiger und möglichst künstlerischer Weise zu begehen.

Nach der Waise stehen die hoffentlich nun nicht wieder weiter hinaufgeschobenen Neuwahlen zum Reichstag bevor. Auch hierauf gilt es schon jetzt sich vorzubereiten. Die Kandidatenaufstellung ist überall schon im Gange, und die Mitglieder sollten von ihrem Mitbestimmungsrecht bei der Neuwahl dieser Kandidaten in weitestgehendem Maße Gebrauch machen. Es liegt im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung, daß nur durchaus befähigte Genossen mit Mandaten beirrat werden; als Voraussetzung für ihre Befähigung haben mindestens drei Dinge zu gelten: gute politische Kenntnisse, Arbeitsleiß und vor allem ein fester Charakter. Nur die Besten gehören stets an einen Posten, von dem aus die Geschicke des Volkes bestimmt werden.

Neben der Waise und den Neuwahlen gibt es noch viele andere Dinge, die der Besprechung wert sind. Die Gegenrevolution fühlt sich noch nicht beschlagen und holt bereits zu neuen Streichen aus. Darauf haben die Genossen ebenfalls ihr Augenmerk zu richten, um im kommenden Fall gerüstet zu sein. Daneben interessiert und alle noch eine Frage, die wieder aktuell wird. Morgens beginnt wieder der Schulunterricht, und viele neue Mitschüler fangen an, sich für das Leben vorzubereiten. Wir Alten wissen, wie wir unter der Rückständigkeit der Schule gelitten haben, wozu besonders der Religionsunterricht mit seiner hinwerfenden Methode beigetragen hat. Wollen wir auch unsere Kinder darunter leiden lassen? Nein, Genossinnen und Genossen, dazu rüdt ihr eure Hand nicht bieten. Es steht euch frei, eure Kinder vom Religionsunterricht zu befreien, und es bedarf dazu nur einer einfachen Mitteilung an den Direktor der Schule. Macht davon rechen Gebrauch!



